

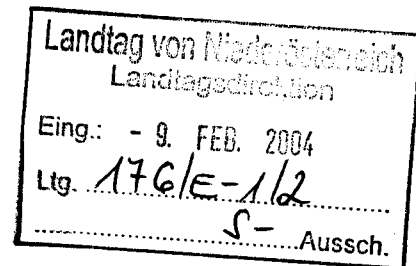


*Herbert Hatzengruber*  
*Bürgermeister der Stadt Amstetten*

Amstetten, 5. Februar 2004

An den  
Niederösterreichischen Landtag

Landhausplatz 1  
3109 St. Pölten



Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gemeinderat der Stadt Amstetten hat in der Sitzung am 29. Jänner 2004 den Beschluss gefasst, an den Niederösterreichischen Landtag nachstehende

### Resolution

zu richten:

Die mit Jahresbeginn 2004 in Kraft getretenen Erhöhungen der Heizkosten durch die Erhöhung der Energieabgabe, die alle Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft in Österreich finanziell treffen, sind besonders für MindestpensionistInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Notstands- und SondernotstandsempfängerInnen eine weitere zusätzliche Belastung, für die die Bundesregierung verantwortlich ist. Auch die Steuerreform bringt für diese Personen keine finanzielle Verbesserung oder Entlastung.

In der Debatte des NÖ Landtages am 12.12.2003 wurde seitens der ÖVP sinngemäß argumentiert, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden kann, wie der Winter wird und es sollte eher im Einzelfall über die Hilfsbedürftigkeit entschieden werden.

Nunmehr zeigt sich, dass der Winter 2003/2004 sicherlich die gleichen Heizkosten verursachen wird wie der Winter 2002/2003, wo dieser Heizkostenzuschuss gewährt wurde. Daher wird bei den Heizkosten in den Haushalten nichts eingespart werden können, eher das Gegenteil wird der Fall sein.

Der Gemeinderat der Stadt Amstetten appelliert namens der hilfebedürftigen Amstettnerinnen und Amstettner (und darüber hinaus aller hilfebedürftigen Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher) an die soziale Kompetenz des NÖ Landtages auch für das Jahr 2004 – wie die Jahre zuvor – einen Heizkostenzuschuss für sozial schwache MitbürgerInnen wie AusgleichszulagenbezieherInnen, MindestpensionistInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Notstands- und SondernotstandsempfängerInnen zu gewähren.

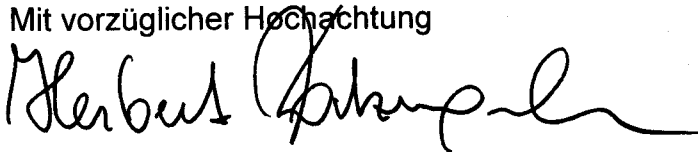
/.

Aus diesen Gründen stellt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Amstetten den

**ANTRAG**

dass der NÖ Landtag entsprechend den Vorjahren auch für das Jahr 2004 wiederum einen Heizkostenzuschuss für die sozial schwachen MitbürgerInnen wie AusgleichszulagenbezieherInnen, MindestpensionistInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Notstands- und SondernotstandsempfängerInnen beschließen möge.

Mit vorzüglicher Hochachtung



**Ergeht an:**

LH Dr. Erwin Pröll

LH-Stv. Liese Prokop

LH-Stv. Heidemaria Onodi

Landtagsklub der ÖVP

Landtagsklub der SPÖ

Landtagsklub der Grünen

Landtagsklub der FPÖ